

## Inszenierte Schlägerei zur Verunglimpfung einer politischen Richtung

Anfang September 2016 berichtete die US-amerikanische Onlinezeitung „The Huffington Post“ über eine Schlägerei am Rande einer AfD-Party. Hierbei wird Chris A. als rechtsextremer Gewalttäter dargestellt. Als Teilnehmer der AfD-Party habe er friedliche Demonstranten und freie Journalisten ohne Grund angegriffen. Belegt wurde dies mit einem Foto, auf dem Chris A. nach einem Journalisten tritt.

Filmmaterial von Passanten deckt auf, was auf dem Foto nicht zu sehen ist: Etwa 30 verummte Antifa-Aktivistinnen kamen lautstark und höchst aggressiv mit Bannern und Stöcken auf die Teilnehmer der AfD-Party zu. Sie provozierten diese und griffen einen jungen Mann an. Ein Journalist beteiligte sich durch Einsatz von Reizgas und durch Tritte. Genau in dem Moment, als Chris A. dem angegriffenen jungen Mann zu Hilfe eilte, wurden von einem Journalisten Fotos geschossen. Gut in Szene gesetzt, dienen diese Bilder nun diversen Medien dazu, Stimmung gegen eine politische Richtung zu machen - in diesem Fall gegen die AfD. Das ist Propaganda und kein seriöser Journalismus.

## Dalai-Lama: In Europa „zu viele Flüchtlinge“

Menschen, denen es besser gehe, hätten Verantwortung, Flüchtlingen zu helfen. Aber: Mittlerweile gebe es in Europa „zu viele Flüchtlinge“. Dies erklärte der Dalai-Lama, geistiges Oberhaupt der Tibeter.

Er selbst lebt im indischen Exil. Und wörtlich meint der 80-Jährige in einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ weiter: „Deutschland kann kein arabisches Land werden. Deutschland ist Deutschland.“ Mittlerweile seien so viele Flüchtlinge angekommen, „daß es in der Praxis schwierig ist“. Auch moralisch gesehen sei er der Ansicht, daß Flüchtlinge nur vorübergehend aufgenommen werden sollten. Die Begründung, die der Dalai-Lama anführt: „Das Ziel sollte sein, daß sie zurückkehren und beim Wiederaufbau ihrer eigenen Länder mithelfen.“

## Deutschsprachige Presse nicht frei und unabhängig

Neben den vier großen Nachrichtenagenturen gibt es noch diverse kleinere, nationale Nachrichtenagenturen. In Österreich und der Schweiz sind dies:

- Die Austria Presse Agentur (APA) mit rund 165 Redakteuren. Die APA ist im Besitz von österreichischen Tageszeitungen und des ORF.
- Die Schweizerische Depeschagentur (SDA) mit rund 150 Mitarbeitern, die im Besitz von Schweizer Medienverlagen ist, darunter die Tamedia und NZZ-Gruppe sowie die SRG.

APA und SDA verfügen über keine eigenen Korrespondentennetze im Ausland. Stattdessen arbeiten sie mit der DPA und den globalen Agenturen zusammen, um Zugang zu den internationalen Nachrichten zu erhalten und ihre nationalen Medien über das Weltgeschehen zu informieren.

Daher kommt es, daß die Auswahl und die tendenziöse Richtung der Berichterstattungen beider Länder fast ausschließlich von den großen Nachrichtenagenturen geprägt sind. Von einer freien und unabhängigen Berichterstattung kann nicht die Rede sein.

---

**Die Demokratie beruht auf drei Prinzipien:**

**auf der Freiheit des Gewissens,  
auf der Freiheit der Rede und auf der Klugheit,  
keine der beiden in Anspruch zu nehmen**

*Mark Twain*

---

*Allen seinen Lesern und Freunden wünscht  
der WIENER BEOBACHTER ein frohes Fest  
und ein gutes 2017.*

*Wie Sie wissen, sind wir nur und  
ausschließlich von den Spenden unserer  
Leser abhängig – daher unsere Bitte: Helfen  
und unterstützen Sie uns auch im neuen  
Jahr.*

# Eltern streiten mit Schule über Ausflug in Moschee

## Gymnasium in Schleswig-Holstein

Klassenausflug in eine Moschee, doch ein Schüler fehlt. Seine Eltern weigern sich ihn in ein islamisches Gotteshaus gehen zu lassen. Das Ordnungsamt verhängt ein Bußgeld.

Die Staatsanwaltschaft Itzehoe ermittelt im Fall eines Schülers aus Rendsburg in Schleswig-Holstein, der einem Schulausflug in eine Moschee fernblieb. Die Eltern des 13-Jährigen wollten offenbar aus „weltanschaulichen Gründen“ nicht daß ihr Sohn mit seiner Erdkundeklasse ein islamisches Gotteshaus besucht.

Die Schule hatte daraufhin das Ordnungsamt eingeschaltet welches die Eltern aufforderte jeweils 150 Euro Bußgeld zu zahlen. Dagegen legten die Eltern Widerspruch ein.

Der NDR und die „Schleswig-Holsteinische Landeszeitung“ hatten über den Streit berichtet. Der Itzehoer Staatsanwalt Peter Müller-Rakow bestätigte der Nachrichtenagentur dpa am Mittwoch, daß man die Angelegenheit prüfe. Die Entscheidung, ob es zum Prozeß vor dem Amtsgericht kommt, stehe noch aus.

Nach Ansicht des Gymnasiums haben die Eltern eine Ordnungswidrigkeit begangen, weil sie ihr Kind im Juni vorsätzlich vom Unterricht ferngehalten hätten. Rektorin Renate Fritzsche sagte dem NDR, das Ministerium habe Schulen dazu ermuntert, Moscheen zu besuchen. „Es ist ein wichtiges Ziel unserer Erziehung in der Schule, die Bereitschaft bei den Kindern zu erwecken, sich mit fremden Kulturen zu beschäftigen und sie zu tolerieren.“

Der Anwalt der Eltern, Alexander Heumann, kann dem Moscheebesuch hingegen nichts abgewinnen. Er engagierte sich in der AfD und ist Mitglied des Vereins „Bürgerbewegung Pax Europa“, der vor einer „Islamisierung“ der Gesellschaft warnt. Im Netz hat Heumann eine „Verteidigerschrift“ veröffentlicht, in der er die Rendsburger Moschee als einen „architektonischen Schandüeck.“ diffamiert.

Dann schreibt er über seine Mandanten: „Die Eltern und das Kind gehören keiner Glaubensgemeinschaft an und vertreten die Auffassung, daß man niemanden gegen seinen freien Willen zum Betreten eines Sakralbaus zwingen kann.“

Außerdem fürchteten die Eltern um ‚Leib und Leben‘ Ihres Sohns. Sie hätten so viele Berichte über islamistisch motivierte Gewalt gehört, da wollten sie ihr Kind nicht „zu Menschen schicken, die es als sogenannten Ungläubigen verachten“, zitiert Heumann sie in seiner Schrift.

---

## Milliarden für Flüchtlinge in der Burep

Zur Versorgung der Flüchtlinge wird der Bund bis 2020 insgesamt rund 93,6 Milliarden Euro bereitstellen. Das geht aus einer Aufstellung des Bundesfinanzministeriums (BMF) für die Verhandlungen mit den Ländern hervor. Die Berechnungen enthalten die Ausgaben für Unterbringung und Integration, aber auch für die Bekämpfung von Fluchtursachen in Krisenregionen. Allein für Sozialleistungen bei anerkannten Asylbewerbern, vor allem Hartz-IV-Zahlungen und Mietzuschüsse, veranschlagen die Beamten von Finanzminister Wolfgang Schäuble (CDU) in diesem Zeitraum 25,7 Milliarden Euro. Für Sprachkurse sind 5,7 Milliarden Euro berechnet, für Eingliederungshilfen ins Berufsleben 4,6 Milliarden. Die jährlichen Kosten steigen von rund 16,1 Milliarden Euro in diesem Jahr auf 20,4 Milliarden im Jahr 2020. Bei ihrer Schätzung unterstellen die Beamten, daß dieses Jahr 690 000 Flüchtlinge ins Land kommen, nächstes Jahr 400 000 und in den Folgejahren jeweils 300 000, 55 Prozent der anerkannten Flüchtlinge, so ihre Annahme, würden nach fünf Jahren einer Arbeit nachgehen.

Die Länder beziffern die auf sie entfallenden Kosten in diesem Jahr auf 21 Milliarden Euro. Bis 2020 würden sie auf rund 30 Milliarden Euro jährlich steigen. Die Hälfte davon solle der Bund tragen. Der Bund hält die Forderung der Länder für unzulässig, weil deren Berechnungen nicht nachvollziehbar seien. So unterstelle das Saarland, daß auf jeden seiner Einwohner 90 Euro an Flüchtlingskosten entfallen, Bremen hingegen rechnet mit 700 Euro pro Einwohner. Das BMF ist der Auffassung, daß der Bund mehr als die Hälfte der Kosten schultere.

---

## ZITAT

Der EU-kritische britische EU-Abgeordnete Nigel Farage hatte im Jahr 2011 ein Treffen mit Angela Merkel. Dabei hatte er die Kanzlerin auf die Eurokrise angesprochen. Im Verlauf des Gesprächs sagte Angela Merkel zu Nigel Farage (wörtlich): „Es ist uns vollkommen egal, ob die Jugendarbeitslosigkeit 60 % erreicht. Es ist uns vollkommen egal, ob 25 % der privaten Unternehmen in den nächsten fünf Jahren zusammenbrechen. Frei heraus gesagt, ist es uns auch völlig egal, ob ganz Griechenland zusammenbricht, solange wir das europäische Projekt halten können.“

---

*„Nachrichtenagenturen stehen selten im Blickpunkt des öffentlichen Interesses. Dennoch sind sie eine der einflußreichsten und gleichzeitig eine der am wenigsten bekannten Mediengattungen. Sie sind Schlüsselinstitutionen mit substantieller Bedeutung für jedes Mediensystem. Sie sind das unsichtbare Nervenzentrum, das alle Teile dieses Systems verbindet.“*

*Wolfgang Vysložil, ehemaliger Geschäftsführer der APA*

## **Studie: Hälfte der EU-Bürger mißtrauen etablierten Medien**

*Ein schwerer Schlag für die etablierten Medien: Die EU-Bürger haben nur noch wenig Vertrauen in die etablierten Medien und zweifeln an deren Unabhängigkeit. Das ergab eine am Donnerstag veröffentlichte Studie der EU-Kommission. Zudem haben viele Menschen Angst vor Drohungen, wenn sie ihre Meinung in sozialen Netzwerken äußern.*

Die Studie der EU-Kommission ergab, daß 57 Prozent der Befragten nicht glauben, daß die heimischen Medien frei von politischem oder ökonomischen Einflüssen sind. Nur 53 Prozent der Teilnehmer waren davon überzeugt, daß die Presse glaubwürdige Informationen verbreitet.

### ***Öffentlich-rechtliche Medien sind nicht unabhängig***

In 17 von 28 EU-Staaten vertrauten die Befragten auch den Kontrollorganen für audio-visuelle Medien nicht. Die relative Mehrheit glaubt, daß diese politisch, staatlich oder wirtschaftlich beeinflußt werden. Nur eine Minderheit der Teilnehmer glaubt, daß die öffentlich-rechtlichen Medien frei von politischem Druck sind. Die Mehrheit der Befragten (60 Prozent) sind von politischem oder wirtschaftlichen Einflüssen überzeugt.

Das größte Vertrauen hat eine große Mehrheit noch in das Radio (66 Prozent), gefolgt von Fernsehen und Zeitungen (jeweils 55 Prozent). Nur knapp ein Drittel (32 Prozent) vertraut den Informationen, die über soziale Netzwerke verbreitet werden. Die Studie sieht in vielen Fällen einen Zusammenhang zwischen der Unabhängigkeit der Medien und dem Vertrauen, das die Menschen in die vermittelten Informationen haben.

### ***Österreichischer Spitzenreiter bei Diskussionen in sozialen Medien***

Österreich ist das einzige Land der EU, in dem sich die Mehrheit der Bürger (52 Prozent) an Diskussionen in sozialen Medien beteiligen, indem sie zum Beispiel Kommentare zu Artikeln oder in sozialen Netzwerken verfassen. 75 Prozent der befragten EU-Bürger gaben jedoch an, in sozialen Netzwerken Haßtiraden und Drohungen erlebt zu haben. Fast die Hälfte (48 Prozent) schrecken deshalb davor zurück, sich in Diskussionen im Internet einzubringen.

### ***Knapp 28.000 EU-Bürger haben teilgenommen***

Die Umfrage wurde zwischen 24. September und 3. Oktober 2016 von TNS Political & Social im Auftrag der Generaldirektion Justiz und Verbraucher (GD JUST) durchgeführt. Dabei wurden in den 28 Mitgliedstaaten der EU insgesamt 27.768 Bürger unterschiedlicher sozialer Gruppen bei sich zu Hause in ihrer Muttersprache befragt.

---

---

## **Auf Druck der USA: Ecuador sperrt Wikileaks**

Mitte Oktober 2016 sperrte Ecuador auf Druck der US-Regierung den Internetzugang von Wikileaks-Gründer Assange in der ecuadorianischen Botschaft in London. Dort wird ihm seit 2012 Asyl gewährt. Somit kann Assange nun keine weiteren Enthüllungen über die gehackten Clinton-E-mails auf den Wikileaks - Server laden, die den wahren Charakter von Hillary Clinton zeigen. In ihrer Stellungnahme begründete die Regierung Ecuadors, es wäre nicht ihre Absicht, sich in die Wahlprozesse anderer Länder einzumischen. Aber ist nicht gerade die Sperrung des Wikileaks-Zugangs von Assange und die damit verbundene Einschränkung der Informationen über die US-Präsidentschaftskandidaten eine Einmischung in den US-Wahlkampf?

---

---

## **Zum 15. Jahrestag von 9/11**

Am 11.9.2016 war der 15. Jahrestag der Terroranschläge auf das World Trade Center (WTC) in New York. Nach offizieller Darstellung sei der Einsturz der Zwillingstürme des WTC die Folge der Einschläge zweier entführter Verkehrsflugzeuge und der dadurch ausgelösten Brände. Der Verein „Architects & Engineers for 9/11-Truth“, der aus Hunderten renommierter Architekten, Bauingenieuren, Physikern und Chemikern besteht, hat in wissenschaftlichen Analysen massive Ungereimtheiten herausgefunden. Nach diesen Analysen ist es unmöglich, daß ein Flugzeug aus Aluminium die hochfesten Stahlträger der Außenwand eines Hochhauses durchschlagen kann. Ebenso führte noch nie ein Brand in einem Stahlskeletthochhaus zu dessen Einsturz, obwohl diese Gebäude zum Teil länger brannten als das WTC. Vielmehr liegen bei 9/11 alle Merkmale einer kontrollierten Sprengung vor. Davon zeugen auch die im Staub des Schuttes gefundenen Reste des Militärsprengstoffs Nanothermit. Weshalb werden diese Erkenntnisse von Politik und Medien immer noch unterdrückt?

# McKinsey-Konzern: Millionen Steuergeld für „Asyl-Beratung“

**20 Millionen Euro Steuergeld für Asyl-Beratung! Soviel kassiert das internationale Unternehmen McKinsey & Company einem Bericht des „Spiegels“ zufolge für seine „Beratungstätigkeiten“ vom deutschen Staat. Seit vergangenem Herbst berät McKinsey das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) der Bundesregierung.**

Da die Beamten des BAMF den Ansturm der Asylwerber nicht mehr bewältigen konnten, holten BAMF-Chef Frank-Jürgen Weise und Bundesinnenminister Thomas de Maizière Hilfe von außen. Dieses Jahr wurde die Beraterfirma beauftragt, eine Studie zum Thema „Flüchtlinge“ zu erstellen, um der Behörde unter anderem eine Hilfestellung dafür zu geben, die Rückkehrquote von Asylwerbern zu erhöhen.

## McKinsey: ein Netzwerk der globalen Eliten in Wirtschaft und Politik

McKinsey & Company ist in über 50 Ländern tätig und beschäftigt rund 10.000 Berater. Die weltweite Leitung übernimmt momentan „Worldwide Managing Director“ Dominic Barton, der nach dem Studium an der British Columbia und Oxford seine berufliche Laufbahn bei der „Rothschild Group“ (Zum Thema Rothschild & Asylindustrie: <http://www.info-direkt.eu/rothschild-und-die-asyl-industrie/>) begann. Nach eigenen Angaben berät McKinsey über zwei Drittel der 1.000 größten US-Konzerne, die Mehrzahl der im DAX vertretenen deutschen Unternehmen und sowohl private als auch öffentliche Institutionen sowie diverse Regierungsstellen.

Das transnationale Beratungsunternehmen besitzt ein globales Netzwerk aus ehemaligen Mitarbeitern. Diese ehem. Mitarbeiter „sitzen in den Schaltzentralen von Unternehmen und Politik, bewegen Milliarden, steuern ganze Volkswirtschaften.“ Für viele Mitarbeiter war McKinsey das Sprungbrett in die höchsten Kreise von Wirtschaft und Politik: „Weltweit haben es rund 7000 Ex-Meckies in höchste Führungspositionen geschafft; 200 leiten Firmen, die mehr als eine Milliarde Dollar im Jahr umsetzen; die Top-Five-CEOs kommen zusammen auf mehr als 400 Milliarden Dollar; sie führen Boeing (USA), BHP Billiton (Australien), Vodafone (Großbritannien), Eni (Italien) und die Deutsche Post.“ Es sei in erster Linie ein geistiges Netzwerk, in dem man sich austauscht und gegenseitig unterstützt.

## „Flüchtlinge“ als (finanzielle) Chance?

In Deutschland leitet Cornelius Baur das Büro von McKinsey. Der Manager sieht in den Asylwerbern „eine große Chance für unser Land“ und möchte nicht ständig über die vielen Probleme im Zuge der Asylkrise sprechen. Baur verschweigt, dass es sich vor allem um eine finanzielle Chance für sein eigenes Unternehmen handelt. Denn auch neben den schon genannten 20 Millionen Euro hat sich das politische Engagement der Beraterfirma bisher ausgezahlt. Aus der zunächst unentgeltlichen Mitwirkung wurden immer wieder lukrative Aufträge. So bekam McKinsey nach fünf Monaten „unentgeltlicher“ Arbeit am Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) einen Auftrag über 238.000 Euro von der Berliner Regierung.

---

***Der Minister des Äußern kann sich nicht äußern;  
der Minister des Innern ist schwach im Erinnern,  
der Kriegsminister trägt Szepter und Kron' im Tornister,  
der Minister der Finanzen muß nach jedes Pfeife tanzen,  
der Minister des Handels ist unsichtbaren Wandels,  
der Minister der Justiz hat nicht Stimme, nur Sitz,  
der Minister des Kultus ändert Kultus in stultus  
der Chef der Polizei schüttelt den Kopf dabei.***

*Franz Grillparzer,  
(1791-1872) Wiener Hofkonzipist und Burgtheaterdichter*

---

Lesen Sie auch **KOMMENTARE ZUM ZEITGESCHEHEN**

Probeexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse:

A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen Sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften!

---

**Wiener Beobachter, Folge 259** - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.  
Medieninhaber: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;  
e-Post: [wienbeobachter@mail.ru](mailto:wienbeobachter@mail.ru), Internetz: [www.volksherrschaft.info](http://www.volksherrschaft.info)  
Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und  
Freiheitsrechte aller Völker ein. - P.b.b. \* Vertragsnummer: GZ 02Z031542M \* Erscheinungsort: Wien \*  
Verlagspostamt: 1170 Wien